



Protokoll

Sozialausschuss | Sitzung
16. März 2022, 16:30 Uhr bis 18:25 Uhr
öffentlich | nicht öffentlich
Rathaus am Marktplatz, Bürgersaal
Vorsitzender: Bürgermeister Martin Lenz
Protokollführerin: Carmen Edler

Teilnehmende siehe Anwesenheitsliste

Anwesende Mitglieder: 21
Abwesende Mitglieder: 1

Vor Einstieg in die Tagesordnung verpflichtet **der Vorsitzende** Frau Michaela Endres (Diakonisches Werk Karlsruhe).

Öffentlicher Teil:

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden im Bürgersaal und informiert über die aktuelle Situation Geflüchteter aus der Ukraine in Karlsruhe. Bereits eintausend Geflüchtete haben in Karlsruhe Zuflucht gefunden, und alle sind privat untergebracht. Die Anträge werden schnell und unbürokratisch von der Sozial- und Jugendbehörde bearbeitet. Die Flüchtlingshilfe leistet eine gute Unterstützung. Die Sozialarbeit der Jüdischen Gemeinde wird aufgestockt werden, um bessere Flüchtlingsarbeit leisten zu können.

Herr Stadtrat Borner (GRÜNE): Gibt es eine Einschätzung zur gesundheitlichen Lage der Geflüchteten? Sind genügend Kapazitäten für eine psychotherapeutische Begleitung vorhanden?

Der Vorsitzende: Das bestehende System wird genutzt, Behandlungsscheine werden ausgestellt. Die Stadtgesellschaft steht für Hilfen bereit. Dezernatsübergreifend werden alle aufkommenden Probleme geprüft. Für Unterkünfte sind Sporthallen nur die letzte Option. Das Rathaus West steht derzeit noch leer und wäre für eine Unterbringung geeignet. Da die Erstanlaufstelle voll ist, finden auch Gespräche mit dem Landkreis statt, um zu prüfen, ob Bürogebäude für einen Umbau zu Unterkünften zur Verfügung stehen.

Herr Stadtrat Riebel (GRÜNE): Die Behandlungsscheine werden wie bei Asylbewerbern ausgestellt. Wie schnell findet die Bearbeitung der Anträge statt, damit die Behandlungsscheine ausgestellt werden können?

Herr Klein (SJB): Auf dem Antragsformular kann direkt Krankenhilfe angekreuzt werden, Behandlungsscheine werden dann mit der Erstbewilligung direkt zugeschickt, damit keine erneute Vorsprache erforderlich ist. In akuten Notfällen wird noch vor der Leistungsbewilligung ein Behandlungsschein ausgestellt.

Der Vorsitzende ruft den ersten Tagesordnungspunkt auf und begrüßt Frau Kirschneit.

TOP 1 **Ombudsstelle Jobcenter Stadt Karlsruhe**

- Vorlage und mündlicher Bericht -

Frau Kirschneit (JC): Der Tagesordnungspunkt beruht auf dem Antrag, eine Ombudsstelle einzurichten. Der Bedarf einer solchen Stelle, einschließlich einer möglichen Angliederung an das Ikarus-Arbeitslosenberatungszentrum, war zu prüfen. Die Schaffung von Doppelstrukturen soll dabei vermieden werden. Hierzu wurde ein Kriterienkatalog erarbeitet. Im Jobcenter gab es im Zeitraum von sieben Monaten sechs Fälle, die die Kriterien erfüllt haben, bei Ikarus keinen Fall. Es besteht eine gute Zusammenarbeit mit Ikarus. Der Bedarf für die Einrichtung einer Ombudsstelle ist nach heutigem Stand nicht gegeben. Das Jobcenter schlägt vor, die Prüfung bis Jahresende weiterlaufen zu lassen.

Herr Stadtrat Borner (GRÜNE): Unter der Berücksichtigung der Kriterien würde er bei mindestens vier Merkmalen die Ombudsstelle befürworten. Der Kriterienkatalog ist nochmals zu prüfen. Es gibt viele Klagen vor dem Sozialgericht, diese könnten vermieden werden. Ikarus hat die gute Zusammenarbeit bestätigt, jedoch nicht alle Sachbearbeiter wenden sich an Ikarus. Alle Kunden des Jobcenters müssen über die Möglichkeit, sich an das Arbeitslosenberatungszentrum wenden zu können, informiert werden, möglicherweise sogar im Bewilligungsbescheid.

Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR): Ist die Beratungsstelle dem Personenkreis grundsätzlich bekannt?

Frau Stadträtin Melchien (SPD): Aktuell teilen wir die Einschätzung der Verwaltung. Das vorhandene Angebot ist gut. Ikarus sollte jedoch noch mehr bekannt gemacht werden.

Der Vorsitzende: Der Kriterienkatalog ist gemäß den Anregungen von Herrn Stadtrat Borner zu überprüfen.

Herr Kölmel (JC): Von den über dreitausend Klagen beim Sozialgericht, sind nur circa einhundertfünfzig vom Jobcenter Karlsruhe. Die Befragung der Kundinnen und Kunden zeigt eine hohe Zufriedenheit. Der Rechtsweg soll immer frei wählbar sein.

Herr Stadtrat Borner (GRÜNE): Der Rechtsweg soll nicht verschlossen, jedoch teilweise vermieden werden. Wie kann die Kundschaft besser über Ikarus informiert werden?

Frau Kirschneit (JC) spricht abschließend die Einladung zu einem direkten Austausch an Herrn Borner aus.

Beschluss: Der Sozialausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 2 **Junge Menschen unterstützen – Ausbildung in Pandemie-Zeiten sofort und deutlich stärken**

- Vorlage und mündlicher Bericht -

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Kölmel, Jobcenter Stadt Karlsruhe.

Herr Kölmel (JC): Die Befürchtungen über den Anstieg der Arbeitslosigkeit junger Menschen haben sich bisher nicht erfüllt. Es gibt gute Angebote, und derzeit stehen für Schulabgehende zumindest rechnerisch je zwei Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Es geht um Jugendliche, die nach dem Schulaustritt aus dem Unterstützungssystem „verschwinden“. Darüber liegen keine Zahlen vor, was jedoch wichtig wäre, um Lösungen zu erarbeiten. Die Antwort der Verwaltung trifft damit nicht den Kern des Antrages. Es geht nicht nur darum, viele Angebote zur Verfügung zu stellen, sondern den benachteiligten Jugendlichen eine Chance auf einen Ausbildungsplatz zu bieten. Bei dieser Personengruppe haben sich infolge von Corona die Sprachkenntnisse und die Chancen auf ein Praktikum verschlechtert. Ein vierwöchiger Kontakt mit dem Jobcenter reicht nicht aus. Wie kann die Zusammenarbeit zwischen den Trägern, der Stadtverwaltung und dem Jobcenter oder auch bei den Trägern untereinander konkurrenzlos erreicht werden? Ist die individuelle Unterstützung zur Erlangung des Schulabschlusses ausreichend? Können die freien Plätze bei „Geht was?“ niederschwelliger und zeitnah, ohne eine monatelange Wartezeit angeboten werden? Diese Fragestellungen hält die GRÜNE-Fraktion weiterhin für relevant.

Der Vorsitzende: Die Fragestellung der GRÜNEN Fraktion betrifft großteils den Fachbereich JuSoDi und wird von Herrn Gleitz aufgegriffen. Im Arbeitskreis Schule und Beruf wird geprüft, wie die Schulabbrechenden erreicht werden können.

Beschluss: Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen des Jobcenters zur Kenntnis.

TOP 3: Sicher durch die Nacht: Beteiligung an der Landesinitiative „nachtsam“ gegen sexualisierte Gewalt

- Vorlage und mündlicher Bericht -

Frau Sailer (SJB): Voraussichtlich wird sich neben der Stadt Karlsruhe auch der Landkreis Karlsruhe an der Initiative beteiligen.

Herr Stadtrat Dr. Müller (CDU): Die CDU sieht mit dieser Stellungnahme den Antrag als erledigt an.

Beschluss: Der Antrag ist erledigt.

TOP 4 Schuldner*innenberatung in Corona-Zeiten

- Vorlage und mündlicher Bericht -

Frau Heibroch (SJB): Aufgrund der zwei Jahre andauernden Corona-Pandemie wird eine Steigerung der Überschuldung vermutet. Doch dies trifft bisher nicht zu, deshalb spricht man von einem Überschuldungsparadoxon. Für Karlsruhe wird eine gleichbleibende Quote von 9,5 Prozent vom Schuldneratlas Deutschland attestiert. Entsprechend dem SPD-Antrag

haben die beiden Beratungsstellen Stadt Karlsruhe und Caritas eine Evaluation mit den Indikatoren „Zahlenentwicklung“ und „Wartezeit“ durchgeführt. Es konnte keine deutliche Zunahme bei den beiden Kriterien verzeichnet werden. Die Wartezeit bei der Städtischen Beratung beträgt weiterhin vier bis sechs Wochen, bei der Caritas zwei bis drei Monate. Über die Entwicklung der Online-Beratung der Caritas liegen bisher noch keine Informationen vor. Insgesamt ist davon auszugehen, dass die staatlichen Hilfsmaßnahmen vorerst einiges abgedeckt haben, es jedoch zu Verzögerungseffekten kommen wird.

Frau Stadträtin Melchien (SPD): Vielen Dank für die Aktualisierung. Der Antrag hat sich damit erledigt. Gibt es auf städtischer Ebene Überlegungen ebenfalls eine Online-Beratung anzubieten?

Frau Heibrock (SJB): Eine Online-Beratung ist bei der Stadt derzeit nicht geplant.

Herr Luck (Caritas): Wir gehen davon aus, dass bisher noch kein Anstieg der Zahlen zu verzeichnen ist. Jedoch berichten Kollegen mittlerweile von mehr Beratungen, insbesondere im Personenkreis derer, die von Kurzarbeit betroffen waren. Die Caritas bietet schon lange Online-Beratung an, so dass in der Pandemie die Schuldnerberatung dies auch online anbieten konnte. Im Verlauf der Beratung folgt jedoch auch hier das persönliche Gespräch.

Herr Stadtrat Riebel (GRÜNE): Da sich manche Menschen vielleicht schämen zur Schuldnerberatung zu gehen, möchte ich die Prüfung einer Online-Beratung bei der Stadt Karlsruhe anregen. Wie läuft die Erstkontaktaufnahme ab?

Der Vorsitzende: Die Kontaktaufnahme erfolgt über den Sozialen Dienst. Ist der Antrag damit erledigt?

Frau Stadträtin Melchien (SPD): Ja, mit der Bitte, eine Ausweitung auf eine Online-Beratung zu prüfen.

Beschluss: Der Antrag ist erledigt.

TOP 5 Unterstützung der „24-Stunden-Betreuungskräfte“: Runder Tisch und kurzfristige Maßnahmen

- Vorlage und mündlicher Bericht -

Frau Höfle (SJB): Der Antrag der GRÜNEN Gemeinderatsfraktion wurde am 22.06.2021 in den Sozialausschuss verwiesen. Bezüglich der Problematik des Schutzes der Arbeitnehmerrechte, insbesondere im Hinblick auf eine Vergütung nach dem Mindestlohn, gab es bereits verschiedene Klagen vor dem Bundesarbeitsgericht. Aufgrund unterschiedlichster Abhängigkeitsverhältnisse ist die Umsetzung der Rechte der „24-Stunden-Betreuungskräfte“ schwierig und auch nicht auf lokaler Ebene lösbar. Es bedarf einer übergeordneten Ebene, um rechtliche Veränderungen herbeizuführen. Daher lehnt die Verwaltung die Schaffung eines Runden Tisches zur Verhinderung von illegalen Arbeitsbedingungen in der „24-Stunden-Betreuung“ ab. Die Arbeit der Beratungsstelle IN VIA ist wichtig, jedoch aufgrund der

aktuellen Haushaltslage der Stadt Karlsruhe kann diese weder finanziell noch personell unterstützt werden.

Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Der Fehler lag in der Formulierung des Antrages. Die Stadt Karlsruhe kann die illegalen Arbeitsbedingen natürlich nicht auflösen. Dennoch setzen wir uns für einen Runden Tisch zur besseren Vernetzung sowie zum Kennenlernen der Akteur*innen ein und bitten die Stadtverwaltung das Erstgespräch einmalig zu initiieren. Wie viele Personen sind derzeit in Karlsruhe als „24-Stunden-Betreuungskräfte“ tätig und wie viele Haushalte betrifft dies? Da es nicht nur um die Frauen geht, die unter diesen Bedingungen arbeiten, sondern auch um die Seniorinnen und Senioren, besteht der Wunsch, dieses Thema im Arbeitsausschuss Ältere Generation zu behandeln.

Der Vorsitzende: Ein Hearing ist das bessere Format, um die verschiedenen Perspektiven auszutauschen, und um sich kennenzulernen. Die Stadt initiiert gemeinsam mit IN VIA eine einmalige Veranstaltung mit den benannten Akteur*innen.

Frau Stadträtin Binder (DIE LINKE.): DIE LINKE. Fraktion stimmt dem zu. Es ist jedoch auch wichtig Daten zu erheben, um einen Überblick über das Ausmaß zu erlangen.

Herr Stadtrat Dr. Müller (CDU): Von guten Agenturen, über eine Grauzone bis hin zur Illegalität ist ein weites Spektrum gegeben. Es ist nicht die Aufgabe der Kommune, die Illegalität aufzuklären, der Anstoß für ein Hearing zur Bildung neuer Netzwerke aller Beteiligten kann jedoch sinnvoll sein. Die CDU befürwortet das.

Beschluss: Der Antrag ist erledigt.

TOP 6: Umsetzung des Hamburger Konzepts „StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt“

- Vorlage und mündlicher Bericht -

Frau Thimm (ZJD): Die Stadtverwaltung begrüßt den Antrag, jedoch ist aufgrund der Haushaltssituation keine Umsetzung möglich. Zwei Überlegungen möchte ich Ihnen vorstellen.

Erstens: Auf zwei bestehende Beratungsangebote in Karlsruhe ist aufzubauen. Es braucht die Stärkung und Sicherung vorhandener Strukturen, damit deren Wirksamkeit nachhaltig gesichert ist.

Zweitens: Im Rahmen der Konzepterstellung zur Istanbulkonvention werden auch best practice-Modelle berücksichtigt, die ehrenamtliche Helfer*innen als zusätzlichen Baustein im Hilfesystem einbeziehen.

Hier ist zu betonen, dass das Ehrenamt eine professionelle Arbeit nicht ersetzt, sondern lediglich ergänzt. Das Ehrenamt erfordert zusätzliche Schulung sowie Begleitung durch die Fachberatungsstellen, die Polizei und weitere Akteur*innen.

Frau Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Es geht darum, in den Stadtteilen die Aufmerksamkeit zu schaffen und zu sensibilisieren. Während der Corona-Pandemie ist laut BNN die Gewalt um 50 Prozent gestiegen. Das Umfeld muss achtsamer und Ehrenamtliche geschult

werden. Im Rahmen eines Pilotprojektes in zwei ausgewählten Stadtteilen könnte mit einer 0,5 Vollzeitstelle der Aufbau von ehrenamtlichen Strukturen erprobt werden, möglicherweise angedockt an eine bestehende Beratungsstelle.

Frau Stadträtin Wiedemann (CDU): Der Antrag ist gut, aufgrund der finanziellen Situation können derzeit jedoch keine neuen Stellen geschaffen werden. Wie Frau Thimm (ZJD) ausgeführt hat, ist auf bestehende Strukturen aufzubauen. Einen Stadtteil auszuwählen, wäre diskriminierend. „Stadtteile ohne Partner*innengewalt“ wäre ein besserer Titel.

Frau Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Das Projekt stellt einen innovativen Ansatz dar. Im Hinblick auf die Haushaltslage überzeugt uns die Stellungnahme der Verwaltung. Es ist sinnvoll und strukturell machbar, diese Überlegungen in die Konzeption der Istanbulkonvention einzubinden. Eventuell sind bestehende Angebote zu prüfen, zu verändern oder sozialräumlich neu auszurichten.

Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR): Das Projekt wurde bisher noch nicht evaluiert, ob tatsächlich ein breiter Erfolg gewährt ist, ist somit noch nicht sicher. Der Grundansatz des Quartiersbezuges ist gut. Es ist sinnvoll, aus dem Hamburger Modell zu lernen, gegebenenfalls zu prüfen, was Karlsruhe daraus übernehmen kann. Die Gemeinschaft „in Haftung zu nehmen“, muss kritisch geprüft werden.

Frau Stadträtin Melchien (SPD): Im Gemeinderat wurde die Umsetzung der Istanbulkonvention beschlossen. Diese sollte durch Sparmaßnahmen nicht gebremst werden. Die SPD schließt sich Frau Dr. Sardarabady (GRÜNE) an.

Frau Thimm (ZJD): Häusliche Gewalt ist ein komplexes Thema, das nicht allein ehrenamtlich zu bearbeiten ist. Das Hamburger Modell ist nur eines von vielen, wir können daher das Konzept für die Stadt Karlsruhe differenziert aufstellen. Die Anregungen werden gerne mitgenommen und bei der Umsetzung der Istanbulkonvention eingebunden.

Der Vorsitzende: Karlsruhe ist ein kommunaler Vorreiter bei der Entwicklung einer Konzeption zur Umsetzung der Istanbulkonvention. Frau Stadträtin Binder, ist der Antrag damit erledigt?

Frau Stadträtin Binder (DIE LINKE.) stimmt der Erledigung des Antrages zu.

Beschluss: Der Antrag ist erledigt.

TOP 7: Haushaltssicherung

- Mündlicher Bericht -

Der Vorsitzende skizziert den Prozess der Haushaltssicherung mit den vier Bausteinen Vollzug des Doppelhaushaltes 2022/2023, Vorgehen Ergebnishaushalt 2024/2025, Vorgehen Investitionshaushalt 2024/2025 und transparente Kommunikation in den Gremien.

Herr Stadtrat Borner (GRÜNE): Betrifft eine Standardreduzierung auch die Träger? In diesem Fall bittet die GRÜNE Fraktion, rechtzeitig informiert zu werden.

Der Vorsitzende: Wir haben eine Führungsaufgabe für die Stadt, die wir anpacken. Es wird jedoch auch deutlich gesagt, wenn etwas nicht möglich ist.

Herr Stadtrat Borner (GRÜNE): Zum Stichpunkt „Energiearmut“: Was kann die Stadt Karlsruhe in Bezug auf die steigenden Energiekosten machen?

Herr Klein (SJB): Ergibt sich durch eine hohe Nebenkostenzahlung eine sozialhilferechtliche Bedürftigkeit, kann die Übernahme der Kosten beantragt werden.

Herr Stadtrat Borner (GRÜNE): Stromkosten sind über den Regelsatz pauschal abgedeckt. Welche Möglichkeiten gibt es in Bezug auf Stromkosten?

Herr Klein (SJB): In Bezug auf die Stromkosten werden vom Gesetzgeber auf Bundesebene Handlungsmöglichkeiten erörtert. Da jede Abweichung von der gesetzlichen Grundlage bei der Leistungsbewilligung begründet werden muss, was auf kommunaler Ebene einen wesentlich erhöhten Verwaltungsaufwand darstellt, wäre eine Regelung durch den Gesetzgeber wünschenswert.

Beschluss: Der Sozialausschuss nimmt Kenntnis.

Der Vorsitzende stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Nicht öffentlicher Teil:

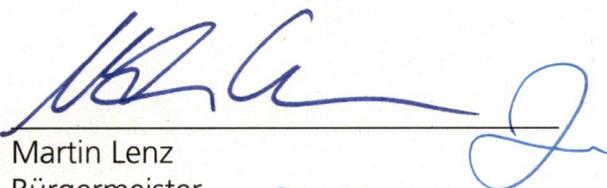
TOP 8: Mitteilungen des Bürgermeisteramtes

Der Vorsitzende: Es gibt keine weiteren Mitteilungen.

Der Vorsitzende schließt um 18:25 Uhr die Sitzung.

Karlsruhe, 21. März 2022

gesehen und genehmigt:



Martin Lenz
Bürgermeister

04.04.22



Carmen Edler
Schriftführerin